

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

25. Juni 1952

505/J

A n f r a g e

der Abg. E i c h i n g e r, Ing. R a a b, M a y r h o f e r und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend Übergriffe einer örtlichen Kommandantur einer Besatzungsmacht.

-.-.-

Die gefertigten Abgeordneten haben Kenntnis davon erlangt, dass die örtliche Kommandantur einer Besatzungsmacht von verschiedenen öffentlichen Dienststellen über jeden einzelnen Angestellten mehrfache umfangreiche Auskünfte verlangt hat. So musste z.B. von der Polizeiamtsleitung St. Pölten über Auftrag der Kommandantur folgendes berichtet werden:

1. Dienstgrad und Name eines jeden Polizeibeamten
2. Geburtsdaten und Wohnadresse
3. Eintrittstag bei der Polizei
4. Verwendung
5. Dienstzeit bei der Deutschen Wehrmacht, letzter Dienstgrad
6. wann, wo und wie lange in Gefangenschaft
7. Fabrikmarke, Nummer, Kaliber der Dienstpistole, die dem einzelnen zur Verfügung steht, Patronenanzahl.

Diese neuerliche Schnüffelaktion hat in den Kreisen der öffentlich Angestellten eine beträchtliche Beunruhigung ausgelöst und stellt einen Eingriff in die österreichische Verwaltung dar, der im Kontrollabkommen nicht gedeckt ist. Die vorerwähnten Einmischungen sind nach Ansicht der gefertigten Anfragesteller sogar geeignet, das klaglose Funktionieren der Verwaltung zu beeinträchtigen.

Diese richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

1. Sind die oben erwähnten Fragebogenaktionen dem Herrn Bundesminister für Inneres bekannt?
2. Ist der Herr Bundesminister für Inneres bereit, die notwendigen Schritte bei der Besatzungsmacht bzw. beim Alliierten Rat zu unternehmen, um derartige schikanöse Eingriffe in die österreichische Verwaltung in Zukunft hintanzuhalten?

-.-.-